

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 27

Ersteinst. Sonntag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 M. An Postbezugs-
Zustellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 28. Juni 1931

Geschäftsstelle: Berlin G2, Neuer Markt 8-12 IV.
Telefon: Berlin 82, Ruytergraben 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

47. Jahrgang

Der Bundesausschuß zur Notverordnung.

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 21. Juni — über die wir noch berichten werden — eingehend mit der Notverordnung und faßte dazu die nachstehende Entscheidung:

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes drückt seine Ueberzeugung dahin aus, daß eine nachhaltige Besserung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands durch die Notverordnung vom 5. Juni d. J. nicht erreicht werden kann. Die Notverordnung steht außerdem

in schroffem Widerspruch zu den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit,

sie erfordert nach wie vor den schärfsten Protest der Arbeiterschaft und den entschiedenen Kampf für ihre Abänderung in kürzester Frist.

Angeichts der bedrohlichen Lage, die durch die fortdauernden und umfangreichen Rückbildungen von Auslandsguthaben und die zum Teil auch durch Kapitalfluchtbefrebungen bedingten Devisenabflüsse herbeigeführt ist, muß die Sicherung ausländischer Hilfsbereitschaft dringend gefordert werden. Die deutsche Außenpolitik muß diesem Ziel gewidmet sein.

Daß außerdem eine weitgehende Erleichterung der Reparationslasten auf schnellstem Wege erstrebt werden muß, wird von den Gewerkschaften nicht erst jetzt betont. Gegenüber anderen Kundgebungen unverantwortlicher Kreise vertreten die Gewerkschaften mit der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland nach wie vor mit aller Entschiedenheit die Forderung einer friedlichen Verständigung. Wirtschaftsnöte in der ganzen Welt verlangen eine internationale Wirtschaftspolitik, die von gegenseitigem Vertrauen getragen und auf gegenseitige Förderung gerichtet ist.

Für das Reich können neue Finanzquellen noch erschlossen werden, wenn fortan verhindert wird, daß alljährlich ungezählte, aus inländischer Konsumkraft gewonnene Millionen für deutsche Rechnung internationaler Trusts in das Ausland gebracht und dem deutschen Steuerzugriff entzogen werden.

Es ist an der Zeit, daß Regierung und Gesetzgebung die Uebernahme von Handelsmonopolen auf das Reich ernsthaft ins Auge fassen, zum Beispiel für Getreide, Margarine, Tabak, Öl und andere Verbrauchsgüter, deren Rohstoffe im wesentlichen aus dem Ausland kommen. Solche Handelsmonopole würden die Möglichkeit der Verhinderung von Kapitalabwanderung und neben der Förderung inländischer Kapitalbildung unmittelbare Einnahmequellen schaffen. Durch weiteren Ausbau der Erbschaftsteuer könnte

gleichfalls eine Erhöhung der Reichseinnahmen gesichert werden.

Angeichts der brutalen Sparmaßnahmen auf sozialpolitischem Gebiet ist es nicht länger zu vertreten, daß die von der überwiegenden Mehrheit als notwendig und unvermeidlich anerkannte Reichsreform hinausgeschoben wird. Zur Verwirklichung dieser Maßnahme, die große Mittel freisetzen wird, müssen ernste Schritte getan werden. Die Ausschaltung der Gewährung von Pensionen an im Erwerbsleben stehende frühere Beamten und Offiziere müßte in der augenblicklichen Notzeit eine Selbstverständlichkeit sein.

Die seitherige nur privatwirtschaftlichen Interessen dienende Politik der Subventionen muß verlassen werden. Notwendiger noch ist die sofortige Abkehr von der Agrarpolitik, die den Verbrauch belastet und einschränkt und durch das Streben nach Sonderprivilegien für die Landwirtschaft alle Handelsverträge gefährdet. Eine entschlossene Handelspolitik auf der Grundlage der Meistbegünstigung zur Förderung des deutschen Industrieports ist dringend geboten. Ihr Ziel muß der internationale Abbau der Zölle sein.

Kartonnagen-Verhandlungen wiederum ergebnislos!

Um für die Kartonnagen-Industrie zu einem neuen Reichsmantelvertrag zu kommen, wurden die in Stettin ergebnislos abgebrochenen Verhandlungen mit den Vertretern des Zentralverbandes Deutscher Kartonnagenfabrikanten am 18. Juni im Reichsarbeitsministerium unter der Leitung eines Unparteiischen fortgesetzt.

Bei diesen erneuten Verhandlungen konzentrierte sich der Kampf der Parteien auf einige besondere Forderungen, die unter allen Umständen durchzusetzen versucht wurde. Kardinalpunkte für die Vertreter der Unternehmer waren die Bestimmungen über die Ferien, deren Dauer und Entschädigung, sowie die Entlohnung der Arbeiterinnen, deren Höhe von ihnen als untragbar bezeichnet wurde. Ihre Nachweise über die Steigerung der Arbeiterinnenlöhne gegenüber der Vorkriegszeit brachten ihre Sehnsucht nach den glücklicherweise überwundenen Zuständen der früheren Zeit, in der das Kartonnagenengewerbe die verrufenste Glendindustrie war, recht anschaulich zur Geltung. Die erstrebte jammervolle Entlohnung der Arbeiterinnen ließ sie die ganze Wucht ihres Vorstoßes gerade auf diesen Punkt richten.

Daneben erheben die Gewerkschaften erneut ihre Forderung

nach scharfer Kontrolle der Kartelle und Monopole, deren ungesunde Preispolitik insbesondere auf dem Lebensmittelmarkt die Lage dauernd verschlimmert;

nach Erhaltung und Stärkung der Kaufkraft der Verbrauchermassen;

nach Verkürzung des Weges der Güterbewegung durch unmittelbare Geschäftsbeziehungen zwischen Produzenten und Kleinverkauf;

nach ernsten Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, insonderheit durch zielbewußte Wohnungswirtschaft und eine vernünftige Siedlungspolitik;

nach der allgemeinen gesetzlichen 40 Stunden Arbeitswoche mit dem Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte aus dem Millionenheer der Arbeitslosen.

Den Kampf um diese nächsten Aufgaben muß die organisierte Arbeiterschaft mit Hartnäckigkeit und Ausdauer unter Anspannung aller Kräfte weiterführen. Wir sind der Treue der Mitglieder sicher, aber wir rufen auch die übrige Arbeiterschaft auf, sich in unseren Verbänden zu vereinigen, um den Sieg über die soziale Reaktion und alle Feinde der Arbeiterinteressen zu erringen.

Obwohl ihnen nach dem Verlauf der seitherigen Verhandlungen klar sein mußte, daß sie in dieser Frage auf Granit zu beißen hatten, gaben sie ihre Absichten doch nicht auf.

Die gegenteiligen Interessen wurden von unseren Tarifausschußmitgliedern vertreten. Für diese galt es in erster Linie, unsere an den zum Teil überkomplizierten Maschinen beschäftigten Kolleginnen zu schützen und diese nicht mit ihrer Entlohnung ganz allgemein in die Gruppe der Hilfsarbeiterinnen absinken zu lassen. Den Aufbau wünschen der Unternehmer standen so die Aufbauforderungen unseres Verbandes gegenüber. Es war vorauszu sehen, daß bei dieser Sachlage eine Verständigung der Parteien auch durch die Mithilfe eines unparteiischen Vorsitzenden nicht erreicht werden konnte.

Ähnlich lagen die Dinge beim zweiten Hauptpunkt der Verhandlungen, der Frage der Dauer und Entschädigung der Ferien. Nach der Anschauung des Sprechers der Unternehmer ist eine Feriengewährung schon durch die Verkürzung der Arbeitszeit auf 48 Stunden überholt worden, da die Arbeiterschaft dadurch eine ausreichende Zeit zur Erholung erhalten habe. Es zeige sich zudem immer mehr die Unmöglich-

keit für die Unternehmer, in den stillen Sommermonaten die Mittel für die unproduktiven Lasten aufzubringen, die in der Ferienentschädigung liegen. Für unsere Vertreter handelte es sich in erster Linie um die Beseitigung der unterschiedlichen Dauer der Ferien für in Orten mit über und unter 30 000 Einwohnern Beschäftigte.

Entsprechend der derzeitigen Stimmung im Reichsarbeitsministerium war bald zu erkennen, daß die Sympathie des Unparteiischen zum großen Teil auf die Unternehmerseite gerichtet war. Diese Tatsache gebot unseren Vertretern, an unseren Forderungen unter allen Umständen festzuhalten und vor allem in der Frage der Arbeiterinnenentlohnung das offensichtlich Unrecht der Zurücksetzung eines erheblichen Teiles unserer Kolleginnen aus der Maschinenkartonnagen-Industrie in die Gruppe der Hilfsarbeiterinnen zurückzuweisen.

Die mehrstündigen Plenarverhandlungen brachten eine Annäherung der Parteien nicht. Und als auch eine mehr denn sechsstündige Kommissionsberatung trotz der stärksten Bemühungen des Unparteiischen ein anderes Ergebnis nicht sehen ließ, mußte auch dieser erkennen, daß es mit einem Spruch bei dem beiderseitig völlig ablehnenden Verhalten nicht getan sein würde. Er vermochte einen solchen nicht zu fällen und auf seinen Rat wurde der ganze Streitfall nochmals an die Parteien zurückverwiesen, die in neuerlichen Parteiverhandlungen zu einem Resultat zu kommen suchen sollen. Bleiben auch diese Verhandlungen ergebnislos, dann wird eine Entscheidung durch einen Spruch herbeigeführt werden. Die Parteien folgten diesem Rat und brachten die Verhandlungen als ergebnislos ab.

Ueber den Zeitpunkt der weiteren Parteiverhandlungen ist es noch nicht zu einer Verständigung gekommen. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß er nicht allzu weit hinausgeschoben wird, da bekanntlich der Vertrag durch die einmonatige Verlängerung Ende Juli abläuft und bis dahin feststehen sollte, was für die Betriebe der Kartonnagenindustrie weiterhin als Recht zu gelten hat.

Entscheidungen zu unseren Reichstarifverträgen.

Der Lohnsatz zum VDB-Vertrag allgemeinverbindlich.

Der Reichsarbeitsminister hat den nachstehend bezeichneten Tarifvertrag im angegebenen Umfang gemäß § 2 der Tarifvertragsverordnung (Reichsgeheftsblatt I, S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

- I. Parteien des Tarifvertrages
 - a) auf Arbeitgeberseite:
Verband Deutscher Buchbindereibesitzer e. B., Leipzig;
 - b) auf Arbeitnehmerseite:
Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands, Berlin;
Graphischer Zentralverband, Köln.
- II. Tag des Abschlusses:
6. Februar 1931, Lohnsatzvertrag (Vereinbarung über Spitzenstundenlohn und Änderung der Akkordlohnätze, Nachtrag zum allgemeinverbindlichen Reichstarifverträge vom 15. Juli 1926 und 18. Juni 1928).
- III. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit:
Gewerbliche Arbeiter in Großbuchbindereien (d. h. Betriebe, die nach ihren massenhaften Einrichtungen speziell für die Her-

stellung von Massenauslagen in der Verarbeitung von Druck- und Papiererzeugnissen zu Büchern bestimmt sind). Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht:

1. auf Großbuchbindereibetrieben von Buch- und Zeitungsdruckereien, die überwiegend für den Buch- und Zeitungsdruckereibetrieb Buchbinderarbeiten verrichten;
 2. auf Großbuchbindereibetrieben von Geschäftsbücher-, Notizbücher-, Schreibheftfabriken;
 3. auf Betriebe, für die Sonderlohnstarifverträge abgeschlossen sind oder abgeschlossen werden.
- IV. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit:
Gebiet des Deutschen Reichs.
- V. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit:
1. Mai 1931.
- VI. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit:
Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Lohn-

tarifvertrag, hinsichtlich der Akkordlohnätze spätestens am 30. Juni 1932.

Die allgemeine Verbindlichkeit der Lohnsätze des Reichsakkordlohnstarifs vom 28. Juni 1928 und 2. Mai 1930 und des Nachtrags vom 14. Juni 1929 hat geendet.

- VII. Im beruflichen Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit des Reichstarifvertrages vom 15. Juli 1926, der Vereinbarung vom 23. Juni 1927, des Vertrages vom 28. Juni 1928 und der Vereinbarung vom 11. April 1930 auf Grund der Entscheidung vom 30. September 1930 (vgl. Reichsarbeitsblatt 1930 Nr. 29), sowie des Reichsakkordlohnstarifs vom 28. Juni 1928 und des Abkommens vom 2. Mai 1930 auf Grund der Entscheidung vom 20. November 1930 (vgl. Reichsarbeitsblatt 1930 Nr. 34) wird mit Wirkung vom 1. Mai 1931 das Wort „geeignet“ durch das Wort „bestimmt“ ersetzt.

Eingetragen am 5. Juni 1931 (Stempel) auf Blatt 3831 I B. Nr. 13 des Tarifregisters.

Der Registerführer:
Sprengel.

Im Auftrag
gez. Goldschmidt.

Die Notleidenden sollen zahlen!

Endlich ist der Schleier gefallen, der so lange die Pläne der Brüning-Regierung über die Deckung des neuen Reichsdefizits verhüllte. Im Grunde bietet das, was sie in ihrer dritten Notverordnung bekannt gibt, keine Ueberraschung. Davor zu bewahren, gab schon die beobachtete Geheimnisträmerei genügende Veranlassung. Zudem sorgten die trotz aller Heimlichkeit über ihre Absichten durchgesickerten Mitteilungen dafür, keine optimistischen Hoffnungen bei den Arbeitern aufkommen zu lassen. Trotzdem ist das, was die neue Notverordnung dem arbeitenden Volke auferlegen will, ein starkes Stück. Während man die ersten Lohn- und Gehaltsabbaumaßnahmen noch damit schmachthaft zu machen versuchte, daß den Arbeitern ein die Herabsetzung ihres Lohnes ausgleichender Preisabbau in Aussicht gestellt wurde, hält die Reichsregierung die Anwendung eines solchen oder ähnlichen Beschwichtigungsmittels nicht mehr für notwendig. Sie hätte freilich damit auch keinen Glauben gefunden. Kategorisch heißt es nun kurz und unverblümt: Die Notleidenden sollen zahlen!

Einen Trost glaubt zwar die Reichsregierung den von ihren neuen Maßnahmen betroffenen Volksschichten dennoch geben zu müssen. Was sie ihnen zumutet, soll die letzte Belastungsprobe sein. Doch derartige Versprechungen sind schon oft gegeben und nie gehalten worden. Noch immer hat man die Schultern des arbeitenden Volkes für die allein tragfähigen gehalten, mochte es auch unter der ihm auferlegten Last fast zusammenbrechen. Und die Geduld der arbeitenden Massen war stets eine so unendliche, daß sie, wenn auch mit Murren und Grollen, die ihnen aufgebürdeten Lasten trugen.

Die besitzenden Kreise stellen sich auf den Standpunkt, daß ihre steuerliche Leistungsfähigkeit erschöpft sei. Das hindert jedoch nicht, daß von dort Millionen und Milliarden in das Ausland verschoben werden, um sie dem Zugriff der Steuerbehörden zu entziehen. Und ebenso beteuern die Unternehmer einschließlich der Großagrarien und

Schwerindustriellen in den beweglichsten Tönen, daß die private Wirtschaft infolge der untragbaren Steuer- und Soziallasten sowie der „hohen Löhne“ am Rande des Ruins stehe und aus ihr nichts mehr herauszupumpen sei. Die Regierung Brüning schenkt diesen Klagekliegern vollen Glauben. Steht sie doch mit den Kreisen von Besitz und Kapital in so enger Fühlung, daß sie es nicht über sich gewinnen kann, ihnen gegenüber eine andere Stellung einzunehmen. Daß die Annahme dieser Kreise unter solchen Umständen ins Grenzenlose wächst, darf nicht in Verwunderung setzen.

Das sehen wir auch jetzt wieder. Die neue Notverordnung ist nahezu reiflos auf die Belastung der ärmeren Volksschichten zugeschnitten. Sie setzt die Beamtengehälter um 4 bis 8 Proz. herab. Selbst die untersten Gruppen werden davon betroffen. Zugleich wird die Kinderzulage für das erste Kind um die Hälfte, von 20 auf 10 M. monatlich herabgesetzt. Bei den leichtbeschäftigten Kriegsoffizern tritt eine Kürzung der Bezüge und der völlige Wegfall der Kinderzulage ein. Die Unterstützungen der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge werden neben einer Herabsetzung der Unterstützungsdauer wesentlich vermindert. Erhebliche Teile der Arbeiterschaft, insbesondere Jugendliche, werden aus der Arbeitslosenversicherung ausgeschieden und haben keinen Unterstützungsanspruch mehr. Den privaten Arbeitern und Angestellten legt man trotz des stattgefundenen Lohn- und Gehaltsabbaus neben der Lohnsteuer noch eine Krisensteuer auf. Die bisher üblichen Lohnsteuererstattungen kommen in Wegfall. Der Abbau der Arbeitslosenversicherung wird ergänzt durch eine Verminderung der Wohlfahrtsleistungen, und es stehen noch weitere Verschlechterungen auf sozialem Gebiete in Aussicht.

So rigoros diese Maßnahmen gegen die arbeitenden Volksschichten sind, so zartfühlend zeigt sich die Reichsregierung nach der anderen Seite. Auch die besitzenden Kreise werden zur

Krisensteuer herangezogen, damit wenigstens der Schein gewahrt ist, daß sie nicht ganz leer ausgehen. Im Gegensatz zu den Lohnsteuerpflichtigen, die bereits bei 1300 bis 3600 Mark Einkommen 1 Proz. Krisensteuer zahlen müssen, haben die Einkommensteuerpflichtigen nur 0,75 Proz. zu entrichten. Erst von 3600 bis 6000 Mark Einkommen steigt bei ihnen die Krisensteuer auf 1 Proz. Diese Steigerung setzt sich fort und erreicht bei 100 000 Mark Einkommen 3,5 Proz. und darüber hinaus 4 Proz. Gewerbetreibende mit einem Einkommen bis zu 4000 M. und Landwirte bis 6000 M. bleiben von der Krisensteuer frei. Selbst diese verhältnismäßig sehr geringe Belastung ist aber den in Frage kommenden Kreisen noch zu weitgehend und sie erheben darüber ein Lamento, als ob es ihnen an den Krügen ginge. Den Unternehmern geht deshalb die Schröpfung der Arbeiter, Angestellten und Beamten noch nicht weit genug. Ihr Bestreben geht auch darauf hinaus, den Lohn- und Gehaltsabbau mit allen Mitteln weiter zu treiben, wozu ihnen die Zeitverhältnisse wie auch das Vorgehen der Reichsregierung den geeigneten Anlaß bieten.

Sind denn nun wirklich die wirtschaftlichen Verhältnisse für die besitzenden Kreise so ungünstig, daß auf keinem anderen Wege als dem einer so brutalen Belastung der Vermögenden und Armen eine Sanierung der öffentlichen Finanzen zu erreichen ist? Wenn man die aus den besitzenden Kreisen erschallenden Klagen über die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse für zutreffend ansieht, könnte es so scheinen. Die amtlichen Statistiken über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse in Deutschland zeigen uns jedoch ein anderes Bild. Während die Auspöderung und Verarmung des arbeitenden Volkes Riesenschritte macht, nimmt die Zahl der großen Vermögenden und Einkommen ganz beträchtlich zu. Nach einer im Maiheft der Zeitschrift „Die Tat“ von Ferdinand Fried veröffentlichten Zusammenstellung hat sich die Zahl der Millionäre in Deutschland von 1925 bis 1927 von 2335 auf 2465 vermehrt, was einer Zunahme von 5,5 Proz. entspricht. Demgegenüber ist bezeichnend, daß sich die Zahl der Vermögenssteuerpflichtigen um 2,1 Proz. verminderte.

Das Vermögen der Millionäre hat in der gleichen Zeit eine Steigerung von 5138 auf 5580 Millionen erfahren. Diese Zunahme beziffert sich auf 8,6 Proz. Die Gesamtsumme der steuerpflichtigen Vermögen erhöhte sich dagegen nur um 0,8 Proz. Der Vermögensanteil der Millionäre verschob sich hiernach von 7,1 auf 8,7 Proz., und ihr Durchschnittsvermögen ist von 2,20 auf 2,26 Millionen Mark gestiegen, obwohl noch 130 neue Millionäre hinzukamen. Der gleiche Vorgang spielte sich in den niedrigeren Regionen ab. Das Gesamtvermögen der Gruppen bis zu 100 000 M. nahm um 438 Millionen ab. Demgegenüber erhöhte sich das Gesamtvermögen der Gruppen von 100 000 bis 1 000 000 M. um 487 Millionen Mark. Ähnlich stieg die Zahl der Einkommenbezieher mit mehr als 25 000 M. jährlich von 44 367 auf 55 356 und ihr Gesamteinkommen von 2,47 auf 3,09 Milliarden Mark. Während sich das gesamte veranlagte Einkommen um 15 Proz. vermehrte, sind die großen Einkommen über 25 000 M. um 21, und die Spitzeneinkommen über 100 000 M. sogar um 26 Proz. gestiegen.

Diese Ziffern zeigen, was von dem Geschrei der besitzenden Kreise einschließlich der großindustriellen Unternehmer über die bei ihnen bestehende Notlage zu halten ist. Gerade sie sind trotz ihrer Rieseneinkommen die eifrigsten Kräfte nach weiterem Lohn- und Gehaltsabbau,

sowie Verschlechterungen der sozialen Leistungen. Gleichzeitig sehen wir, daß es gar nicht so schwer erscheint, eine gerechtere Verteilung der Lasten zur Sanierung der Finanzlage im Reich, den Ländern und Gemeinden vorzunehmen. Statt dessen haben wir es fortgesetzt mit neuen Massenbelastungen zu tun, die das vorhandene wirtschaftliche Glend, unter dem die arbeitenden Volksschichten leiden, noch mehr verschlimmern müssen. Dieser Zustand ist auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten. Er muß zu einer steigenden Verbitterung und Radikalisierung der Massen führen sowie Verzweiflungssituationen auslösen, denen nur durch eine schnelle und gründliche Abkehr von der bisher verfolgten Politik zu begegnen ist. Die Regierung hat mit ihrer Notverordnung die arbeitende Bevölkerung zum Abwehrkampf gegen die ihr angefohrene Neubelastung herausgefordert. Die Arbeiterschaft wird diesen Kampf aufnehmen, handelt es sich doch für sie um die Aufrechterhaltung ihrer wirtschaftlichen Existenz, die keine Schmälerung erfahren darf!

Meisterturse für Buchbinder in Magdeburg.

In der Zeit vom 3. August bis zum 26. September 1931 findet in den Lehrwerkstätten der Kunstgewerbe- und Handwerkerschule in Magdeburg ein Meisterturjus für Buchbinder statt.

Die Lehrwerkstätten für Buchbinderei dieser Kunstgewerbe- und Handwerkerschule sind heute die größten und besteingerichteten Deutschlands. Sie umfassen Laboratorien und Werkstätten für Papierprüfung, Papiergestaltung, Handbindetechniken, Maschinenbindetechniken, Preßvergolderei, Liniererei, Buntpapiermacherei mit den dazugehörigen Werkstoff- und Lehrmittelsammlungen. Etwa sechzig erstklassige Buchbindereihilfsmaschinen und Apparate neuesten Systems bieten die Möglichkeit, den Schüler mit allen modernen Maschinen und Arbeitsmethoden bekanntzumachen.

Die Unterrichtserteilung erfolgt nach einem seit Jahren festgelegten und erprobten Lehrplan. Das Arbeitsgrundprinzip ist, den Kurssisten die Möglichkeit zu bieten, sich neben den Handfertigkeitstechniken gleichzeitig mit den entsprechenden Maschinentekniken vertraut machen zu können. Diese Einstellung sorgt dafür, daß die Meisterturse den Anforderungen der Werkstattpraxis, die heute ohne eine rationelle Betriebsführung nicht mehr denkbar ist, in weitem Maße gerecht werden.

Die Meisterturse dienen heute namentlich dem Zweck, dem angehenden Meister den letzten Schliff bei seiner Vorbereitung für die Meisterprüfung zu geben. Infolgedessen wird dieser Vorbereitung in den Kursen die größte Sorgfalt gewidmet. Auch ist mit der Buchbinderzinnung Magdeburg vereinbart, daß die Meisterprüflinge gleich im Anschluß an den Kursus ihre Prüfungsarbeiten in den Lehrwerkstätten anfertigen und die Meisterprüfung vor der Handwerkskammer Magdeburg ablegen können.

Die Meisterturse sind jedoch nicht nur für solche gedacht, die sich auf die Meisterprüfung vorbereiten wollen. Auch alle Meister und Gehilfen, die ihr Wissen vertiefen und ihr Können festigen wollen, können an den achtwöchigen Kursen teilnehmen. Als Lehrer sind tätig: Prof. Franz Weiße-Hamburg und Fachlehrer Heinrich Lüers-Magdeburg. Bedürftigen

Schülern kann auf Antrag das Schulgeld erlassen und Beihilfe gewährt werden.

Nach Maßgabe der Vorbildung der Kurssisten werden folgende Arbeitsgebiete behandelt: Hand- und Maschineneinbandtechniken, Leder- und Verarbeitungsarbeiten, Hand- und Preßvergoldung, Buntpapierherstellung, Linieren, Maschinenteknik, Materialkunde, Fachzeichnen, Kalkulation, Buchführung und schriftliche Arbeiten, gewerbliches Rechnen, Gesehskunde, Volkswirtschaftslehre und Genossenschaftswesen, rationelle Betriebsführung.

Da die Magdeburger Kurse trotz der Kürze ihres Bestehens jetzt schon berechtigterweise in Fachkreisen von sich reden machen, ist der Andrang entsprechend stark. Bei der vorgeschriebenen Höchstbeteiligungszahl ist es für jeden Interessenten ratsam, sich sobald wie möglich vormerken zu lassen, da die Aufnahme nach der Reihenfolge der Voranmeldungen erfolgt.

Kurze Notizen.

⊥ In den Papier- und graphischen Gewerben beträgt die Frauenarbeit rund 35 Proz. der vorhandenen Arbeitskräfte. Am verbreitetsten ist die Frauenarbeit in der Textil- und Bekleidungsindustrie, wo sie 58,5 Proz. ausmacht, am geringsten im Baugewerbe, wo sie nur etwa 1 Proz. beträgt.

*

⊥ Die Druckerfärbung ist ein Gemisch aus einer öligen Substanz und Ruß. Für die übliche Wert- und Zeitungsfarbe werden Schweböl, Paraffin und Kolophonium mit billigen Rußsorten, besonders dem aus Steinkohlenteer oder Petroleumrückständen gewonnenen Flammenruß verwandt, wohingegen die feinere Druckerfärbung aus Leinöl und bestem Lampen- oder Gasruß bereitet wird.

*

⊥ Das Pergament ist ein Schreibstoff, der aus ungegerbter Tierhaut hergestellt wird, und war ein hochgeschätztes Material des Altertums und des Mittelalters für alle graphischen Zwecke. Der Name stammt von der asiatischen Stadt Pergamon, in der im 2. Jahrhundert v. Chr. die Herstellung dieses Stoffes erfunden worden sein soll. Das heutige Pergamentpapier ist allerdings nur eine Nachahmung des echten Pergaments, diesem jedoch in vieler Hinsicht ähnlich.

*

⊥ Die Stanhope-Preße, die noch heute in vielen Druckereien als Handpreße verwendet wird, stammt von dem Engländer Lord Charles Stanhope (1753—1816), der sich mit Vorliebe mit Verbesserungen der typographischen Hilfsmittel befaßte und eine ganze Reihe wertvoller Neuerungen und Verbesserungen auf diesem Gebiete geschaffen hat. Die Stanhope-Preße war die erste, vollständig aus Eisen bestehende Druckerpreße.

*

⊥ Der Papyrus ist eine staudenförmige Sumpfpflanze, die besonders im alten Ägypten an der Mündung des Nils in großen Mengen wuchs. Aus ihr bereiteten die Ägypter ihren Schreibstoff, den sie ebenso wie die Pflanze selbst Papyrus nannten und der bei ihnen wie auch späterhin bei Griechen und Römern die Stelle unseres Papier vertrat. Selbstverständlich hat letzteres seinen Namen von jenem alten Stoff, wenn es auch seiner Natur und Beschaffenheit nach etwas ganz anderes ist.

Abrechnung des Verbandes

Abrechnung

Einnahmen

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Eingelohnt von den Schülern', 'Hilfsarbeiten und Spenden', 'Gemeinnützige Arbeit', 'Spenden', 'Gemeinnützige Arbeit', 'Spenden', 'Gemeinnützige Arbeit', 'Spenden'.

Ausgaben

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Gehälter der Beamten und Hilfskräfte', 'Miete, Licht, Heizung und Reinigung', 'Wäsche der Zeitschriften', 'Büroeinrichtung und -bedarf', 'Kopier- und Radikalarbeit', 'Buchdruck- und Buchbinderarbeiten'.

Ausgaben

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Gehälter der Beamten und Hilfskräfte', 'Miete, Licht, Heizung und Reinigung', 'Wäsche der Zeitschriften', 'Büroeinrichtung und -bedarf', 'Kopier- und Radikalarbeit', 'Buchdruck- und Buchbinderarbeiten'.

Ausgaben

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Beitrag an die Funktionäre', 'Beitrag an den DVOB', 'Beitrag an die Gefährliche', 'Beitrag an den Verband Deutscher Jugendberater', 'Beitrag an den Jugendleiter', 'Gemeinnützige Arbeit', 'Spenden', 'Gemeinnützige Arbeit', 'Spenden'.

Ausgaben

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Einnahmen', 'Ausgaben'.

Abrechnung des Funktionäre-Unterschieds

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Beitrag von 31. Dezember 1930', 'Beitrag von Schülern pro 1. Quartal 1931', 'Beitrag der Werkstätten pro 1. Quartal 1931', 'Beitrag der Eingelohnten d. Verbandes', 'Beitrag der Zeitschriften pro 1. Quartal 1931', 'Beitrag der Werkstätten pro 1. Quartal 1931'.

vom 1. Quartal 1931.

der Zahlstellen.

Abrechnung

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Name des Druckes', 'Mittelspreis', 'Gesamt', 'Gesamt', 'Gesamt'.

Name des Druckes

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Mittelspreis', 'Gesamt', 'Gesamt', 'Gesamt'.

Name des Druckes

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Mittelspreis', 'Gesamt', 'Gesamt', 'Gesamt'.

Name des Druckes

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Mittelspreis', 'Gesamt', 'Gesamt', 'Gesamt'.

Name des Druckes

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Mittelspreis', 'Gesamt', 'Gesamt', 'Gesamt'.

Abrechnung des Verbandes

Abrechnung

Abrechnung

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Name des Druckes', 'Mittelspreis', 'Gesamt', 'Gesamt', 'Gesamt'.

Name des Druckes

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Mittelspreis', 'Gesamt', 'Gesamt', 'Gesamt'.

Name des Druckes

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Mittelspreis', 'Gesamt', 'Gesamt', 'Gesamt'.

Name des Druckes

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Mittelspreis', 'Gesamt', 'Gesamt', 'Gesamt'.

Name des Druckes

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Mittelspreis', 'Gesamt', 'Gesamt', 'Gesamt'.

Ausgaben

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Beitrag an die Funktionäre', 'Beitrag an den DVOB', 'Beitrag an die Gefährliche', 'Beitrag an den Verband Deutscher Jugendberater', 'Beitrag an den Jugendleiter', 'Gemeinnützige Arbeit', 'Spenden', 'Gemeinnützige Arbeit', 'Spenden'.

Ausgaben

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Beitrag an die Funktionäre', 'Beitrag an den DVOB', 'Beitrag an die Gefährliche', 'Beitrag an den Verband Deutscher Jugendberater', 'Beitrag an den Jugendleiter', 'Gemeinnützige Arbeit', 'Spenden', 'Gemeinnützige Arbeit', 'Spenden'.

Ausgaben

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Beitrag an die Funktionäre', 'Beitrag an den DVOB', 'Beitrag an die Gefährliche', 'Beitrag an den Verband Deutscher Jugendberater', 'Beitrag an den Jugendleiter', 'Gemeinnützige Arbeit', 'Spenden', 'Gemeinnützige Arbeit', 'Spenden'.

Ausgaben

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Beitrag an die Funktionäre', 'Beitrag an den DVOB', 'Beitrag an die Gefährliche', 'Beitrag an den Verband Deutscher Jugendberater', 'Beitrag an den Jugendleiter', 'Gemeinnützige Arbeit', 'Spenden', 'Gemeinnützige Arbeit', 'Spenden'.

Ausgaben

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Beitrag an die Funktionäre', 'Beitrag an den DVOB', 'Beitrag an die Gefährliche', 'Beitrag an den Verband Deutscher Jugendberater', 'Beitrag an den Jugendleiter', 'Gemeinnützige Arbeit', 'Spenden', 'Gemeinnützige Arbeit', 'Spenden'.

Ausgaben

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Beitrag an die Funktionäre', 'Beitrag an den DVOB', 'Beitrag an die Gefährliche', 'Beitrag an den Verband Deutscher Jugendberater', 'Beitrag an den Jugendleiter', 'Gemeinnützige Arbeit', 'Spenden', 'Gemeinnützige Arbeit', 'Spenden'.

Ausgaben

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Beitrag an die Funktionäre', 'Beitrag an den DVOB', 'Beitrag an die Gefährliche', 'Beitrag an den Verband Deutscher Jugendberater', 'Beitrag an den Jugendleiter', 'Gemeinnützige Arbeit', 'Spenden', 'Gemeinnützige Arbeit', 'Spenden'.

Ausgaben

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Beitrag an die Funktionäre', 'Beitrag an den DVOB', 'Beitrag an die Gefährliche', 'Beitrag an den Verband Deutscher Jugendberater', 'Beitrag an den Jugendleiter', 'Gemeinnützige Arbeit', 'Spenden', 'Gemeinnützige Arbeit', 'Spenden'.

Ausgaben

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Beitrag an die Funktionäre', 'Beitrag an den DVOB', 'Beitrag an die Gefährliche', 'Beitrag an den Verband Deutscher Jugendberater', 'Beitrag an den Jugendleiter', 'Gemeinnützige Arbeit', 'Spenden', 'Gemeinnützige Arbeit', 'Spenden'.

*) Die Mittel der Beamten und Beamten für den Druck und die Mittel der Beamten für den Druck...

Zur Abrechnung vom 1. Quartal 1931.

Nach der vorliegenden Abrechnung zählte der Verband am 31. März 1931 18 125 männliche und 34 314 weibliche, zusammen 52 439 Mitglieder. Gegenüber dem Stand vom 31. Dezember 1930 bedeutet das einen Rückgang in der Mitgliederzahl um 216 männliche und 2140 weibliche, zusammen 2356 Mitglieder.

Auf die einzelnen Beitragsklassen verteilen sich die Mitglieder wie folgt:

	Mitglieder	
1. Beitragsklasse	184 männl.	4 511 weibl.
2. " m. Juv.	62 " "	" "
3. " "	367 " "	8 827 " "
4. " m. Juv.	1 320 " "	13 766 " "
5. " "	2 934 " "	6 041 " "
6. " "	13 258 " "	1 051 " "
7. " "	" "	118 " "

Außerdem gehören noch 1488 Lehrlinge der Lehrlingsklasse an, gegenüber 1539 am Schluß des vorigen Quartals.

Dem Verband beigetreten sind im Laufe des ersten Quartals 186 männliche und 990 weibliche Berufstätige. Aus anderen Organisationen traten 16 männliche und 43 weibliche Mitglieder zu unserem Verband über. Diese Zugänge verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Beitragsklassen:

a) Männliche:

1. Beitrittsklasse	14 Eintritte und	— Uebertritt
2. " "	6 " "	" "
3. " "	27 " "	2 Uebertritte
4. " "	48 " "	7 " "
5. " "	91 " "	7 " "

b) Weibliche:

1. Beitragsklasse	399 Eintritte und	4 Uebertritte
2. " "	295 " "	15 " "
3. " "	296 " "	23 " "
4. " "	— " "	1 Uebertritt

An Eintrittsgeld wurden 676,40 Mark entrichtet, davon 179,00 Mark von männlichen und 497,40 Mark von weiblichen Mitgliedern.

An Beiträgen wurden insgesamt 422 092,10 Mark geleistet. Davon entfallen auf die männlichen Mitglieder für 154 287 Beiträge = 211 967,75 Mark, auf die weiblichen Mitglieder für 299 663 Beiträge = 207 382,35 Mark und auf die Lehrlingsklasse für 18 280 Beiträge 2742,00 Mark. Nach dem Durchschnitt berechnet leistete in den 13 Wochen des Quartals jedes männliche Mitglied 8,5 Beiträge und jedes weibliche Mitglied 8,7 Beiträge. Die durchschnittliche Höhe jedes einzelnen Beitrags betrug bei den männlichen Mitgliedern 137,4 Pf., bei den weiblichen 69,2 Pf. und bei beiden zusammen 92,4 Pf.

Auf die einzelnen Beitragsklassen verteilt sich die Beitragsleistung wie folgt:

a) Männliche Mitglieder:

		Mark
Lehrlingsklasse	18 280 Beitr. à 15 Pf.	= 2 742,—
1. Beitragsklasse	1 730 Beitr. à 30 Pf.	= 519,—
2. " m. Juv.	685 " à 50 " "	= 342,50
3. " "	2 844 " à 60 " "	= 1 706,40
4. " "	9 529 " à 75 " "	= 7 146,75
5. " "	23 318 " à 120 " "	= 27 981,60
6. " "	116 181 " à 150 " "	= 174 271,50
Zusammen	154 287 Beiträge	= 211 967,75

b) Weibliche Mitglieder:

		Mark
1. Beitragsklasse	37 134 Beitr. à 30 Pf.	= 11 140,20
2. " "	75 547 " à 60 " "	= 45 328,20
3. " "	120 973 " à 75 " "	= 90 729,75
4. " m. Juv.	55 362 " à 85 " "	= 47 057,70
5. " "	9 480 " à 120 " "	= 11 376,—
6. " "	1 167 " à 150 " "	= 1 750,50
Zusammen	299 663 Beiträge	= 207 382,35

Für beitragsfreie Wochen infolge von Arbeitslosigkeit oder Krankheit wurden von den männlichen und weiblichen Mitgliedern zusammen für 201 096 Wochen beitragsfreie Marken geleistet. Durchschnittlich waren demnach in den 13 Wochen des ersten Quartals in jeder Woche 15 469 Mitglieder oder 29,5 Prozent der gesamten Mitgliederzahl erwerbslos.

An sonstigen Einnahmen sind in den Zahlstellen noch 489,30 Mark zu verzeichnen. Davon

463,30 Mark für zurückgezahlte Unterstüßungen, 20,00 Mark für nachträglich gezahlte Kampffondsmarken und 6,00 Mark für zurückgezahlte Versicherungsbeiträge.

Die gesamten Einnahmen der Zahlstellen und Gaue belaufen sich auf 423 330,20 Mark. Zuschüsse aus der Verbandskasse waren 119 027,37 Mark für Zahlstellen und 22 489,29 Mark für die Bezirksleiter, zusammen 141 516,66 Mark erforderlich.

Die gesamten Ausgaben der Zahlstellen und Gaue belaufen sich, ausschließlich der an die Verbandskasse eingelangten Beiträge, auf 542 330,89 Mark. An die Verbandskasse wurde der Betrag von 41 623,74 Mark eingekandt.

Von den Ausgaben entfallen 302 486 Mark auf die Arbeitslosenunterstützung, welcher Betrag sich wie folgt auf die einzelnen Beitragsklassen verteilt:

1. Klasse männl.	165,— Mark,	weibl.	3 180,30 Mark
2. " "	1 328,20 " "	" "	28 838,— " "
3. " "	7 519,30 " "	" "	113 336,— " "
4. " "	18 082,40 " "	" "	9 696,— " "
5. " "	119 639,90 " "	" "	684,30 " "
Ausländer	16,60 " "	" "	— " "

Zusammen männl. 146 751,40 Mark, weibl. 155 734,60 Mark.

Für Krankenunterstützung waren 70 411,20 Mark erforderlich, die sich auf die einzelnen Beitragsklassen wie folgt verteilen:

1. Klasse männl.	41,40 Mark,	weibl.	1 043,40 Mark
2. " "	103,80 " "	" "	8 059,70 " "
3. " "	967,90 " "	" "	25 461,30 " "
4. " "	3 688,70 " "	" "	2 906,10 " "
5. " "	27 568,20 " "	" "	572,70 " "

Zusammen männl. 32 368,— Mark, weibl. 38 043,20 Mark.

Invalidenunterstützung kam an 444 männliche und 26 weibliche Invaliden im Betrage von 55 054 Mark zur Auszahlung, für ärztliche Mittel waren 303,40 Mark zu erstatten. Für Umzugsunterstützung waren an 4 männliche Mitglieder und 1 weibliches Mitglied 310 Mark zu zahlen.

An die Hinterbliebenen von 23 männlichen und 5 weiblichen verstorbenen Mitgliedern wurden zusammen 2428,50 Mark Unterstüßungen gezahlt. Für Rechtschutz wurden an 11 männliche und 2 weibliche Mitglieder zusammen 678,18 Mark aufgewandt.

Notstandsunterstützung kam an 4 männliche und 2 weibliche Mitglieder mit zusammen 190 Mark zur Auszahlung.

Als Gemafregelte waren 20 männliche und 24 weibliche Mitglieder mit zusammen 3133,55 Mark zu unterstüßen.

An Extraunterstützung für ausgesteuerte arbeitslose Mitglieder kamen im 1. Quartal 19 856,50 Mark zur Auszahlung.

Für Lohnbewegungen wurden in den Zahlstellen 4947,88 Mark verausgabt, davon für Streikunterstützung an 46 männliche und 87 weibliche Mitglieder 2720,55 Mark.

Für außerordentliche Agitation wurden in den Zahlstellen 1282,95 Mark verausgabt. Zur Bestreitung örtlicher Ausgaben mußten 81 248,73 Mark den Zahlstellen und Gaue belassen werden. Als Vortrag für das 2. Quartal 1931 verblieben 38 681,02 Mark in den Kassen der Zahlstellen und Gaue, dem ein Guthaben bei der Verbandskasse von 47 385,28 Mark gegenübersteht.

Nach den Separatabrechnungen der Bezirksleiter hatten diese an Ausgaben 31 187,51 Mark zu bestreiten. In den Kassen der Bezirksleiter ist ein Bestand von 168,48 Mark vorhanden, dem ein Guthaben bei der Verbandskasse von 9991,19 Mark gegenübersteht.

Der Abschluß der Verbandskasse weist an Einnahmen 68 926,50 Mark und an Ausgaben 337 002,60 Mark auf, so daß eine Mehrausgabe von 268 076,10 Mark zu verzeichnen ist.

Der Bestand der Reserven für die Invalidenunterstützung ist im 1. Quartal 1931 um 22 934,80 Mark zurückgegangen.

Die Unterstüßungskasse der Funktionäre schließt für das 1. Quartal 1931 mit einem Bestand von 135 698,97 Mark ab. Wilh. Greve.

Zahlstellentonferenz im Gau Rheinland-Westfalen.

Am 13. und 14. Juni fand in Köln eine Zahlstellentonferenz für den Gau Rheinland-Westfalen statt, die sich mit der Wirtschaftskrise und ihren Erscheinungen, der organisatorischen und tariflichen Lage im Gau und mit Fragen der Agitation und Verwaltung beschäftigte. Aus 25 Orten waren 38 Vertreter erschienen. Sämtliche Zahlstellen waren vertreten. Vom Verbandsvorstand war Kollege Drehwald-Berlin erschienen. Einige Gäste von der Zahlstelle Köln folgten den Verhandlungen mit Interesse.

Die Tagung leiteten die Kollegen Dreger und Eilmann, das Protokoll führte die Kollegen Dechant und Stockbrandt vom Gauvorstand. Nach einigen Worten der Begrüßung durch den Kollegen Dreger hielt Kollege Drehwald ein Referat über „Die Wirtschaftskrise“. In seinem Vortrag führte der Referent zusammengefaßt aus: Für uns organisierte Arbeiter bedeutet die Wirtschaftskrise mit ihren Begleiterscheinungen keine Ueberraschung. Sie ist, wie wir wissen, eine ständige Erscheinung der kapitalistischen Produktions- und Wirtschaftsform. Die 20 Millionen Arbeitslose in der Welt zeigen uns den gesteigerten Irrsinn dieses Systems. Doch trotz aller materiellen Not, all des geistigen Elends, das sich u. a. auch in den Selbstmordjahren ausdrückt, darf die organisierte Arbeiterschaft den Kopf nicht verlieren und nicht verzweifeln, denn wir wissen, daß es einen Ausweg aus diesen immer wiederkehrenden Ueberschneidungen gibt: den Sozialismus. Die heutigen Erscheinungen bestätigen die Richtigkeit unserer Ideen und Programme über die Wirtschaft, ebenso die Richtigkeit unseres Weges und der Zielsetzung. Im einzelnen ging Drehwald auf die wirtschaftlichen Dinge ein, er schilderte die besonderen Ursachen der heutigen Krise und bekämpfte die These der Kapitalisten, nach der die heutige Lohnlage und die durch die Gewerkschaften gehobene Kultur der Arbeiterschaft schuld an den wirtschaftlichen Zuständen ist. Er glaubt an den gesunden Menschenverstand, der angesichts der Folgen des heutigen Systems alle Hand- und Kopfarbeiter zum Widerstand zusammenschließen muß und daß dieser Druck die heutigen Wirtschaftskapitäne zwingt, durch internationale Maßnahmen die Schattenseiten ihres Systems zu beseitigen, bis Schritt für Schritt eine vernünftige, d. h. planmäßige Wirtschaft, wie sie der Sozialismus erstrebt, erreicht ist. Die Entwicklung der Menschheitsgeschichte bestätigt diesen Glauben. Die deutsche Arbeiterschaft, die durch die Kriegs- und Inflationsfolgen besonders hart unter der heutigen Krise zu leiden hat, darf sich nicht durch die Not veranlaßt — politischen Abenteurern anvertrauen. Nicht eine Diktatur von links und erst recht nicht eine solche von rechts kann ihre Not lindern. Diese kann im Gegenteil dadurch nur verschlimmert werden. Nach wie vor sind es die Organisationen der Arbeiter, die einzig und allein in der Lage sind, auf die Regierungen und Unternehmer zu drücken, damit die Arbeitszeit entsprechend der Produktionsmöglichkeit international geregelt wird, damit die Technik dem Güterbedarf der Menschheit entsprechend Anwendung findet und Zoll- und Handelsfragen dem Stand der Verkehrrhältnisse und der Ueberwindung von Zeit und Raum entsprechend geregelt werden. Im Vertrauen auf unsere vernunftgemäßen Ziele, auf unsere seitherigen Erfolge und auf den Fortschritt müssen wir als Arbeiter nicht nur die Not der Zeit sehen, sondern auch ihren Uebergangscharakter erkennen. Wir müssen begreifen, daß wir zwischen zwei Zeitaltern stehen und daß die gegenwärtige Situation einen verschärften Kampfstadium zwischen einer ihre Funktionen erfüllenden privatkapitalistischen und einer gemeinwirtschaftlichen Epoche bringen muß. Unser Augenmerk muß dabei auf die Erhaltung der Grundrechte der Arbeiterschaft in gewerkschaftlicher und politischer Hinsicht gerichtet sein. Die Stärkung der Gewerkschaften und ihres politischen Einflusses, die Erhaltung der Demokratie, die Sicherung und Stärkung der wirtschaftlichen Selbsthilfe durch die Gewerkschaften, das ist das erste Erfordernis dabei.

Kollege Drehwald schilderte dann die neue Notverordnung der Regierung in einigen Punkten und

verwies auf die ungerechte Lastenverteilung. Die Härten müßten beseitigt werden. Zum Schluß seiner Ausführungen besprach er die Wirkung der Krise auf unseren Verband und seine Einrichtungen, das Steigen der Leistungen bei verminderten Einnahmen durch die große Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Der Referent fand reichen Beifall.

Nach einer kurzen Pause setzte eine lebhafteste Debatte ein, an der sich insbesondere die Kollegen Simons-Machen, Roemer-Düren, Grünen-Wuppertal, Henkes-Bonn und Meusers-Düsseldorf beteiligten. In der Hauptsache wurde dabei die materielle und seelische Not der Arbeitslosen besprochen im Zusammenhang mit der 40-Stunden-Woche. Zum Schluß wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die in Köln tagende Konferenz der Jahrestellenleiter von Rheinland-Westfalen hat mit tiefster Entrüstung von der ungeheuerlichen Belastung durch die neue Notverordnung der Regierung Brüning, besonders von der einseitigen Befestigung der Arbeiterklasse durch die Krisensteuer und die Kürzung der fargen Unterstützung der Krisen- und Kriegsoffer Kenntnis genommen. Die Konferenzteilnehmer verlangen vom ADGB, und der Reichstagsfraktion der SPD., alles zu versuchen, daß die Schärfe der Notverordnung auf die obengenannten Volksgenossen ausgemergelt wird.“

Am zweiten Verhandlungstage behandelte Kollege Dreger „Die organisatorische und tarifliche Lage im Gau“. In dem sehr ausgedehnten Gebiet des Gaus sind etwa 10 000 Berufsangehörige beschäftigt. Wirtschaftlich ist die Struktur sehr verschieden. Im Rheinland ist die Land- und Forstwirtschaft noch vertreten, dagegen im Ruhrgebiet nur noch sehr schwach. Die Schwerindustrie bringt scharfe Gegensätze bei Zusammenballung von großen Massen auf engem Raum. Dreger schilderte die einzelnen Zweige unseres Gewerbes, wie sie innerhalb des Gaus vertreten sind. Es ergibt sich dabei, daß die Buchbinderarbeiterschaft verhältnismäßig gut organisiert ist, die Nebenbranchen, wie Kartonnagenindustrie, Briefumschlagfabrikation, Papierausstattung und Lüten- und Beutelindustrie dagegen schwach. Dementsprechend ist auch der Zustand und die Einhaltung der Tarife. Besonders unerfreulich ist der staatliche Zwang bei Schaffung der Sondertarife für Wuppertal und Olabach-Nheydt gegen den Reichstarif in die Erscheinung getreten. Der zähe Widerstand habe angesichts der wirtschaftlichen Lage und des staatlichen Zwanges nicht zum Erfolg geführt, wenn die Arbeitgeber auch praktisch zunächst keinen Vorteil hatten. Dreger gab dann Fingerzeige für die Agitation in den einzelnen Jahrestellen, wobei besonders an die bessere Erfassung der Jugendlichen und der Kolleginnen gedacht werden müsse.

Die Aussprache war sehr lebhaft, sie stand auf bemerkenswerter Höhe. Fragen der Agitation, der Arbeitsvermittlung, der Tarife und besonders der Jugendpflege wurden eingehend behandelt. Von einigen Arbeitsämtern wurden Versuche gemacht, Arbeitsvermittlungen zu untertariflichen Löhnen für die Kolleginnen vorzunehmen. Dagegen ist sofort eingeschritten worden. Gegen den hier und da zu beobachtenden Pessimismus bezüglich der Werbung neuer Mitglieder wurde entschieden Front gemacht. In Wuppertal ist auf Anregung der Ortsverwaltung eine sachliche Beratungsstelle beim Arbeitsamt gebildet worden, nachdem die Bildung eines Fachauschusses abgelehnt worden war. Besonders bemerkenswert waren die Ausführungen des Kollegen Zimmermann-Dortmund über Erfahrungen in der Jugendpflege. Immer mehr versucht der Staat, diese in seine Hände zu bekommen. Oft würden unzweckmäßige und schädliche Maßnahmen von Behörden bei der Betreuung jugendlicher Erwerbsloser getroffen. Kritik wurde, daß Verbandsvorstand und auch der Gauvorstand die Jugendbewegung finanziell zu wenig fördern. Dreger schilderte die Erfolge der Tarifpolitik an Hand der Löhne der Kolleginnen. Das müsse diesen immer wieder vor Augen geführt werden. Scharfe Kritik wurde auch geübt an den Angriffen der Schwerindustrie auf das Tarifrecht. Empfohlen wurde, überall unter Jahrgemäßer Leitung

Jugendgruppen zu bilden oder in kleinen Jahrestellen die Jugendlichen betreuten Gruppen zuzuführen.

Unter „Verschiedenes“ wurden einige innerorganisatorische Fragen eingehend behandelt, bis ein Antrag auf Schluß der Debatte diese beendete. Eine einheitliche Regelung der Lokalgeldente für Durchreisende wurde nicht für richtig gehalten, da die Verhältnisse zu verschieden seien. Die unberechtigte Inanspruchnahme von Lokaltaxen durch einzelne Durchreisende soll verhindert werden durch Zwang zum Eintragen in eine Beilage zum Mitgliedsbuch. Ein entsprechender Antrag soll dem nächsten Verbandstag vorgelegt werden.

Nachdem noch Simons-Machen auf das Grenzlandtreffen in Lüttich am 2. August hingewiesen und Kollege Drehwald Anfragen über die Invalidentunterstützung und Leistung von Beiträgen zu dieser beantwortet hatte, wurde die Tagung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband geschlossen. Der Verlauf war durchaus zufriedenstellend und wird anregend auf die weitere Arbeit für den Verband wirken.

Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen. Eure im Lehrverhältnis sich befindenden Söhne gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes

Mangel an Druckerei-Buchbindern?

Zu den gleichbehandelten Ausführungen unter „Stimmen aus unserem Kollegenkreis“ in Nr. 24 schreibt uns Herr Paul Kersten, Berlin:

Um geeignete Fachleute als Druckereibuchbinder zu bekommen, wie es in „Klumschs Druckerei-Anzeiger“ angeregt wird, bedarf es keiner neuen Wege. Jeder Buchbinder, der eine drei- bis vierjährige Lehrzeit hinter sich hat, ist als Druckereibuchbinder geeignet. Natürlich müssen die Druckereileiter mit ihm etwas Geduld haben und ihm Zeit zum Einarbeiten lassen: Man kann von solchen jungen Buchbindern nicht verlangen, daß sie sofort und im Handumdrehen daselbe leisten wie ein alter Druckereibuchbinder. Jeder, der einen Beruf erlernt hat, braucht in jeder neuen Stelle ein paar Tage Zeit, um sich einzuarbeiten, auch jeder Buchdrucker kann bei Antritt einer neuen Stelle nicht daselbe leisten, was er nach acht- bis vierzehn Tagen leisten kann.

Es gibt zurzeit mehr als genug tüchtige Jungbuchbinder, die als Druckereibuchbinder sich bewähren werden. Aber es gibt Buchdruckereileiter, die verlangen, daß für sogenannte Druckereibuchbinder eine besondere Gesellenprüfung und auch eine besondere Meisterprüfung einzuführen sei, ein Verlangen, das ganz absurd anmutet. Für jeden Beruf sind von den geeigneten Organisationen im Einverständnis mit der Handwerkskammer Gesellen- und Meisterprüfungsordnungen aufgestellt worden, und alljährlich werden die Bedingungen für die Gesellenprüfung in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft aufgestellt; ebenso geschieht es mit den Aufgaben bei den Meisterprüfungen.

Wenn die Buchbinderarbeiten in einer Druckerei vielleicht etwas vielseitiger sind als in einer Buchbinderlei, dann betrifft es hier ja nur einfache Arbeiten an Beschneidemaschinen, Perforiermaschinen, Nut- und Stanz- und eventuell Falzmaschinen. Einbände, besonders Sortimentseinbände, werden hier ja nicht verlangt und kommen hier auch nicht vor. Aber ein gelernter Buchbinder wird sich in kurzer Zeit eingearbeitet haben. Zur Bedienung einer Falz- und Hestmaschine wird er sich natürlich nicht sofort eignen, es wäre auch unbillig, dies von ihm zu verlangen. Dafür sind auf den Arbeitsnachweisen jederzeit genügend Hesterrinnen und Falzerrinnen zu haben.

Stimmen aus unserem Kollegenkreis:

Verkürzung der Arbeitszeit nicht ohne Zwang zu Neueinstellungen.

Das Problem der 40-Stunden-Woche beschäftigt sowohl unsere Arbeitslosen, als auch die in Arbeit stehenden Kollegen in gleichem Maße. Als ein schon seit Monaten arbeitsloser älterer Kollege gestalte ich mir, meine Ansicht darüber zum Ausdruck zu bringen.

Die Zahl der Erwerbslosen hat im Laufe des Frühjahrs nur sehr wenig abgenommen; sie wird auch in den kommenden Monaten nicht viel geringer werden. Im Gegenteil, wir werden auf lange Zeit mit einer erschreckend großen Zahl Arbeitsloser zu rechnen haben. Daß die außerordentlich scharfen Maßnahmen der Reichsregierung dazu dienen können, die Arbeitslosigkeit einzudämmen, halte ich für ausgeschlossen. Auch die neue Notverordnung der Reichsregierung zeigt mir nicht, daß man der Beseitigung der Ursache der Arbeitslosigkeit näherkommen will. Ich fürchte, das Gegenteil wird eintreten. Der von den Unternehmern mit großem Geschrei propagierte und mit Hilfe der Regierung durchgeführte Lohnabbau hat zu einer wesentlichen Verringerung der Kaufkraft geführt. Wenn jetzt die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden helfen soll, die Zahl der Arbeitslosen zu verringern, dann kann sie das nur, wenn die Unternehmer gesetzlich gezwungen werden, entsprechend der Arbeitszeitverkürzung auch Neueinstellungen vorzunehmen. Geschlecht das nicht, dann wird auch die Verkürzung der Arbeitszeit ein Schlag ins Wasser bleiben. Bei einer Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden muß eine Neueinstellung von mindestens 15 Prozent der Arbeitnehmer erfolgen, sonst ist die Arbeitszeitverkürzung zwecklos. Es würde im Gegenteil eine weitere Schwächung der Kaufkraft eintreten, wenn nicht zugleich auch ein Lohnausgleich bestimmt wird, an den unter den heutigen Verhältnissen sehr stark geweiht wird. Werden die Unternehmer nicht gesetzlich gezwungen, Neueinstellungen entsprechend der Herabsetzung der Arbeitszeit vorzunehmen, dann wird in den Betrieben der Versuch gemacht werden, durch brutales Antreiben in 40 Stunden das gleiche Quantum an Arbeit aus den Belegschaften herauszupressen, das vordem in 48 Stunden geleistet wurde. Beweise dafür sind genug vorhanden aus solchen Betrieben, in denen wesentliche Personaleinsparungen erfolgt sind. Es würde also mit der Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur nichts, sondern das Gegenteil von dem erreicht werden, was erreicht werden soll. Man soll nicht sagen: „So läßt sich niemand antreiben.“ Es sind zahlreiche Beweise dafür vorhanden, daß aus Angst vor der Entlassung alle Kräfte aufs äußerste angespannt werden. Auch die Akkordarbeiter werden versuchen, den ihnen entgehenden Verdienst durch Ueberspannen ihrer Arbeitsleistung in etwas wieder auszugleichen. Man müßte natürlich erwarten dürfen, daß von den in Arbeit stehenden mehr Solidarität ihren arbeitslosen Kollegen gegenüber geübt würde. Doch wo die Not täglich an die Türe pocht, geht bekanntlich jede vernünftige Ueberlegung zum Teufel.

Also: Eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne gesetzlichen Zwang für die Unternehmer, im gleichen

Zahlst du deinen Beitrag richtig?

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 27. Wochenbeitrag für 1931 fällig. Nach § 6 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten. Achte auch darauf, daß der Beitrag in der vorgeschriebenen Höhe geleistet wird.

Verhältnis Neueinstellungen von Arbeitskräften vorzunehmen, ist nach meiner Ueberzeugung zwecklos.

Ernst Rosenthal, Hannover.

*

Mittagsstisch für Erwerbslose.

Eine Stadt, die mit am schwersten unter der gegenwärtigen Krise und Arbeitslosigkeit zu leiden hat, ist Breslau. Darum kann man auch verstehen, daß hier nicht nur ungeheure Summen an Unterstützungsgeldern ausgezahlt werden müssen, sondern daß darüber hinaus auch noch andere Notstandsfordernungen aufgestellt werden. Auch hierbei hat es sich wieder bewiesen, was ein kollegiales Zusammenhalten zustande bringen kann.

In den letzten Monaten haben es sich einzelne Genossen, die noch volle Beschäftigung und einen auskömmlichen Verdienst hatten, nicht nehmen lassen, Kindern von Erwerbslosen freien Mittagstisch zu geben, was dankbar anerkannt wurde. Nun wurde aus den Kollegenkreisen der verschiedenen Gewerkschaften der Wunsch geäußert, einem oder dem anderen Kollegen, der lange erwerbslos ist, ein Mittagessen zu verabfolgen. Da man, um unnötigem Wergernis aus dem Wege zu gehen, erst die nötigen Vorbereitungen dazu treffen mußte, verzögerte sich die Durchführung um einige Zeit. Nun ist es so weit, daß der Ortsausschuß des DGB, im Einvernehmen mit den einzelnen Gewerkschaften unter Zustimmung der Gewerkschaftshäuser, die das Essen zum Selbstkostenpreis herstellt, diesen Wünschen Rechnung tragen kann.

Nur nach Ostern wurde mit der Speisung begonnen, ein Unternehmen, das dankbar von allen Kollegen und Kolleginnen anerkannt wurde. Haben doch je 300 Kollegen Gelegenheit, eine Woche lang ein reichliches und gutes Mittagessen kostenlos einzunehmen. Anfang Juni war es nun unserem Verband möglich, 60 seiner Mitglieder an diesem Mittagstisch teilnehmen lassen zu können. Die Nachfrage war natürlich sehr stark, so daß nur die bedürftigsten Kollegen und Kolleginnen teilnehmen konnten. Am ersten Tag konnte man beobachten, wie mancher nur zögernd näher kam. Als sie aber merkten, mit welcher Selbstverständlichkeit die Kellner das Essen an die gedeckten Tische brachten, genau so, als wenn man im ersten besten Hotel gegen Bezahlung sein Essen verlangt, war bald alle Scheu verschwunden. Eine Lautsprecheranlage, die das Mittagkonzert des Rundfunks zu Gehör brachte, ließ das Essen nochmal so gut schmecken und man konnte auch feststellen, daß alle im besten Sinne befriedigt waren. Bedenkt man, daß sich ein großer Teil unserer Kollegen und Kolleginnen infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage in der Woche nur ein- bis zweimal ein warmes Mittagessen leisten kann, dann kann man verstehen, daß diese Woche eine rechte Festwoche für sie war. Nur zu schnell war die Zeit verfliegen und mancher äußerte den Wunsch, Gelegenheit zu haben, noch länger an diesen Frei-Essen teilnehmen zu können.

E. Sch.-Br.

Berichte.

Bezirksversammlungen im Gau Sachsen. Am 14. Juni fand die letzte Bezirksversammlung im Gau Sachsen in Chemnitz statt. Sie war ein würdiger Abschluß der gesamten Veranstaltung. Besonders hervorzuheben ist, daß wir einen Jubilar in unserer Mitte begrüßen konnten, und zwar unseren langjährigen Vertrauensmann Wilhelm Stöhr-Dichtenstein. Kollege Miering überbrachte dem Jubilar die Glückwünsche des Verbandsvorstandes und überreichte ihm die Ehrenurkunde des Verbandes. Der Gauvorstand ehrte den Jubilar durch ein entsprechendes Geschenk. Kollege Stöhr dankte für die Aufmerksamkeit, indem er darauf hinwies, daß er nur seine Pflicht als aufgeklärter Arbeiter getan habe, und der beste Dank könnte nur der sein, daß die gesamte Arbeiterschaft endlich zu der Einsicht kommen

möge, daß alle Zwistigkeiten vom Hebel sind und daß sie sich zu einer einzigen Geschlossenheit zusammenschließen müsse. Besonders richtete er an die jüngere Kollegenschaft den Appell, mitzuarbeiten und sich als Funktionäre auszubilden, damit sie einst das Werk der Ältern vollenden könnten.

Die Bezirksversammlungen sind erstmalig im Gau Sachsen durchgeführt worden. Man wollte mit einem größeren Kreis der Kollegenschaft zusammenkommen, um über die zukünftigen Aufgaben des Verbandes zu sprechen und dadurch die Aktivität der Kollegenschaft zu heben. Auch wollte man alle Einzelmitglieder erfassen, die sonst nie Gelegenheit haben, an Konferenzen unserer Organisation teilzunehmen. Es wurde deshalb beschlossen, im ganzen Gau sechs Bezirksversammlungen abzuhalten, zu denen jeder Ort zehn Mitglieder entsenden konnte. Das Fahrgehalt wurde vom Gau übernommen, außerdem erhielten die auswärtigen Kolleginnen und Kollegen ein bescheidenes Bezahlgehalt. Die Versammlungen fanden jeweils Sonntags statt, und zwar in Annaberg, Neugersdorf, Bischofsberga, Reichenbach, Grimma und Chemnitz.

Kollege Miering schilderte in eingehender Weise die Verhältnisse vom Jahre 1929 an. Er hob besonders die Schwierigkeiten hervor, denen wir in den letzten Jahren auf tariflichem Gebiete begegneten. Durch die Gleichgültigkeit der Kollegenschaft in manchen Orten wurde die Arbeit des Tarifausschusses sehr erschwert. Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse haben sich seit dem 14. September 1930 sehr verschoben. Nazis und KPD treiben ihr Unwesen in der Arbeiterbewegung. Nichts jedes organisierten Arbeiters ist es, diesen Elementen entgegenzutreten. Nachdem Kollege Miering noch auf die kommenden Aufgaben der Gewerkschaften hingewiesen, schloß er seine Ausführungen mit dem Erläutern, alles daranzusetzen, die Aktivität der Kollegenschaft zu heben. Wir haben keine Ursache, den Kopf in den Sand zu stecken, sondern müssen klaren Auges in die Zukunft sehen. Die freien Gewerkschaften haben jahrzehntelange Kämpfe geführt, sie werden auch die jetzige Krise überwinden. Hilfe ein jeder mit am Aufbau und an der Festigung der Organisation, dann ist uns um die Zukunft nicht bange.

Die Ausführungen des Kollegen Miering wurden mit großem Beifall aufgenommen. Es folgte eine rege Aussprache. Fast aus jedem Ort meldete sich ein Mitglied zum Wort. Interessant war es auch, daß in solchen Gegenden, in denen die politische Strömung vorherrschend ist, die Aussprache hiervon beeinflusst war, hingegen in den anderen Bezirken mehr das Wirtschaftliche in den Vordergrund gestellt wurde. Waren die Meinungen auch oftmals sehr verschieden, so konnte doch zum Schluß festgestellt werden, daß durch die rege Aussprache Klarheit geschaffen wurde. In einigen Bezirksversammlungen wurde auch über unsere Invalidenunterstützung gesprochen und beantragt, den Arbeitslosen die Möglichkeit zu geben, einen Invalidenbeitrag zu leisten. Den Kollegen mußte gesagt werden, daß dies nur durch eine Abänderung des Statuts ermöglicht werden kann.

Im ganzen waren in den Bezirksversammlungen 62 Orte durch 330 Delegierte vertreten. Erfreulicherweise sind die Zahlstellen und Gauorte dem Wunsch des Gauvorstandes nachgekommen, auch Kolleginnen mit zu entsenden. So waren in Reichenbach unter 65 Delegierten 16 Kolleginnen, in Grimma unter 69 Delegierten 30 Kolleginnen und in Chemnitz unter 98 Delegierten 32 Kolleginnen. In allen Versammlungen wurde der Wunsch laut, öfters solche Veranstaltungen abzuhalten. Diesen Wünschen wird der Gauvorstand zur gegebenen Zeit gern nachkommen. Wir hoffen, daß die Bezirksversammlungen dazu beigetragen haben, die Geschlossenheit der Kollegenschaft zu fördern. Wenn jeder einzelne seine Kraft in den Dienst der Sache stellt, dann kann der Erfolg nicht ausbleiben. Deshalb: Heran an die Arbeit!

Erfurt. In Verfolg eines Beschlusses der Gauvorstände der graphischen Verbände, in allen maßgeblichen Druckorten Thüringens gemeinsame Versammlungen abzuhalten, um Stellung zu nehmen zu den Tagesfragen der Gegenwart, fand die erste Versammlung am 9. Juni in Erfurt statt. Gauleiter Kollege Wachner sprach über: „Schluß mit dem Lohnabbau — Herunter mit der Arbeitszeit“. In längeren überzeugenden Ausführungen beleuchtete er die schädlichen Wirkungen des Lohnabbaus für die deutsche Wirtschaft und die Finanzen des Staates und der sozialen Institute. Er fand vernichtende Worte für die

Notverordnung vom 5. Juni und zeigte an zahlreichen Beispielen, daß nur die Wiederherstellung der Kaufkraft der breiten Massen und eine Arbeitszeitverlängerung mit Einstellungsstopp und tragbarem Lohnausgleich zur langsamen Gesundung der Wirtschaft und Wiedereinreihung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß führen könne.

Die Diskussion über das Gehörte war sehr lebhaft. Allgemeine Empörung herrschte über die neue Notverordnung, deren Aufhebung gebieterisch gefordert wurde. Nachstehende Entschließung aus der Mitte der Versammlung fand einstimmige Annahme:

„Die am 9. Juni in Erfurt stattfindende graphische Versammlung nahm Stellung zu dem von Regierung und Unternehmertum weiterhin geplanten Lohnabbau. Die Versammlung protestiert mit aller Schärfe gegen jede weitere Senkung des Reallohnes und die Lockerung der Tarif- und Sozialgesetzgebung. In einer weiteren Sentenz der Massenkaufkraft sehen die Anwesenden eine weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise. Die Notverordnung vom 5. Juni, die den jugendlichen Erwerbslosen jede Unterstützung entzieht und in der Hauptsache wieder den ärmeren Schichten neue Belastungen auferlegt, wird abgelehnt und ihre Aufhebung ganz energig gefordert. Das Unternehmertum und die Regierung Brüning sei in letzter Stunde gewarnt, den Bogen zu überspannen. Die graphische Arbeiterschaft Erfurts fordert mit allem Nachdruck die sofortige Einführung der 40-Stunden-Woche mit Einstellungsstopp und tragbarem Lohnausgleich. Einig und geschlossen wird sie jedem weiteren Lohnraub entgegenzutreten und auch vor dem letzten Mittel, dem Streik, nicht zurückzureden.“

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

1. Berichtarten zur Arbeitslosenstatistik sind in den letzten Tagen allen Gauleitern und Kassierern der Zahlstellen übersandt worden.

Zu gleicher Zeit wurden auch die Konjunkturberichtsarten für die in Frage kommenden Vertrauensleute der Betriebe übersandt.

Ebenfalls beigelegt wurden die Berichtsarten über gezahlte Unterstützung an Ausgesteuerte.

Wir bitten dringend darum, die Karten uns so rechtzeitig zuzusenden zu wollen, daß wir spätestens am 4. Juli im Besitz derselben sind.

2. Materialversand. Allen Gau- und Ortsverwaltungen sandten wir in den letzten Tagen je nach Größe 1 bis 3 Exemplare: Früh Tarnow: „Kapitalistische Wirtschaftsanarchie und Arbeiterklasse“. Die Broschüre ist in den Arbeiterbuchhandlungen zum Preise von 20 Pf. das Stück zu haben. Wir empfehlen ihre Anschaffung.
Der Verbandsvorstand.

Inhaltsverzeichnis.

Der Bundesausschuß zur Notverordnung.
Kartonnagen-Verhandlungen wiederum ergebnislos.
Entscheidungen zu unseren Reichstagsverträgen: Der Lohnsatz zum DGB-Vertrag allgemeinverbindlich.
Die Notleidenden sollen zahlen!
Meisterturke für Buchbinder in Magdeburg.
Kurze Notizen.
Abrechnung des Verbandes vom 1. Quartal 1931.
Zahlstellenkonferenz im Gau Rheinland-Westfalen.
Mangel an Drucker-Buchbindern?
Stimmen aus unserem Kollegenkreis: Verkürzung der Arbeitszeit nicht ohne Zwang zu Neueinstellungen.
— Mittagstisch für Erwerbslose.
Berichte: Bezirksversammlungen im Gau Sachsen. — Erfurt.
Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: Arbeitslosenstatistik. — Materialversand.